

tachles, 2.5.24:

Jerusalem 01. Mai 2024

Israelische Ministerin sorgt mit Äusserungen gegen Geisel-Deal für Zorn

Plakate mit israelischen Hamas-Geiseln in Jerusalem.

Eine rechtsextreme israelische Ministerin hat mit Äusserungen gegen einen Deal zur Freilassung von Geiseln in der Gewalt der islamistischen Hamas für Empörung gesorgt.

Man dürfe nicht für die Rückkehr einer kleinen Anzahl von Geiseln die Kriegsziele Israels opfern, sagte Orit Strock, Ministerin für Siedlungen und Nationale Projekte, am Mittwoch dem israelischen Armeesender. Für diese Kriegsziele habe man «Soldaten in den Kampf geschickt, einige von diesen Soldaten sind nicht zurückgekommen», sagte die 64-jährige Ministerin von der Partei Religiöser Zionismus.

Nach Medienberichten sieht der jüngste Vorschlag für eine Feuerpause im Gaza-Krieg die Freilassung von 33 Geiseln im Gegenzug für mehrere Hundert palästinensische Häftlinge vor. Strock sprach von einem «schrecklichen Deal», der auch die Geiseln gefährde, die nicht Teil davon seien. Man könne nicht die Kriegsziele «in den Müll werfen, um jetzt 22 oder 33 Menschen zu retten». Eine Regierung, die einen solchen Deal billige, habe «kein Existenzrecht». Auch andere rechtsextreme Minister hatten im Fall eines Geisel-Deals und einer Absage der Offensive in der Stadt Rafah im Süden des Gazastreifens mit einem Ende der Regierung gedroht.

Der israelische Oppositionsführer Jair Lapid schrieb daraufhin bei X, vormals Twitter, eine «Regierung mit 22 oder 33 extremistischen Koalitionsmitgliedern hat kein Existenzrecht». Die israelische Bewegung für Qualitätsregierung rief den Ministerpräsidenten Binyamin Netanyahu dazu auf, Strock wegen ihrer «empörenden Äusserungen» zu entlassen. Netanyahu ist nach Einschätzung von Beobachtern auf seine rechtsextremen Koalitionspartner angewiesen, weil sein politisches Überleben von ihnen abhängt.